

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2024 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift vom 13.03.2024 – öffentlicher Teil wird genehmigt.

5. Haushalt 2024, Haushaltssicherungskonzept **SV-Nr. 21//0962**

StOAR Idel stellt das Haushaltssicherungskonzept vor.

RM Kasig schlägt für die SPD/FDP-Gruppe vor, die Gewerbesteuer um 100 Punkte zu erhöhen, da dann seiner Meinung nach keine weiteren Konsolidierungsmaßnahmen notwendig sind.

Er schlägt außerdem vor, die zukünftigen Erträge aus Windenergie zur Schuldentilgung einzusetzen und fragt nach, auf welchen Flächen Photovoltaikanlagen installiert werden sollen.

Weiterhin fragt er nach, in welchen Bereichen Fremdfirmen für Bauhofleistungen eingesetzt werden. Seiner Meinung nach sind Einsparungen beim Bauhof in der vorgeschlagenen Höhe nicht umsetzbar.

StOAR Idel antwortet, dass zusätzliche Erträge nur bei einem ausgeglichenen Haushalt zur Schuldentilgung eingesetzt werden dürfen.

Die Photovoltaikanlagen sollen auf Flächen installiert werden, die die Stadt derzeit ankauft.

Fremdfirmen unterstützen den Bauhof derzeit bei Handwerksarbeiten und bei der Beetpflege. Sie ergänzt, dass das Haushaltssicherungskonzept auf die nächsten Jahre ausgerichtet ist und zum jetzigen Zeitpunkt eine Beurteilung der Notwendigkeit des Einsatzes dieser Firmen ein Vorgriff auf die derzeit stattfindende Prozessoptimierung auf dem Bauhof ist.

RM Grimpe ist der Meinung, dass es aufgrund des niedrigen Zinssatzes zu dem die Kredite abgeschlossen wurden, sinnvoller ist, zusätzliche Erträge anzulegen anstatt mit ihnen Kredite zu tilgen.

BM Böhling ist ebenfalls der Meinung, dass die Gewerbesteuer erhöht werden sollte.

Er weist ergänzend darauf hin, dass die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen aus der mangelhaften Unterstützung durch Bund und Land resultiert.

RM Homfeldt ist für die CDU/Grüne Mehrheitsgruppe der Meinung, dass das vorgelegte Konzept von begründeten Annahmen ausgeht. Er hält eine mögliche Erhöhung der Gewerbesteuer für das falsche Signal an das örtliche Gewerbe.

Er fragt nach, wie hoch die Kosten für Fremdfirmen sind, die Bauhofleistungen übernehmen.

StOAR Idel antwortet, dass sich die Kosten auf rd. 700.000 € belaufen.

BM Böhling betont, dass die Arbeitsplätze auf dem Bauhof sicher sind.

RM Putzehl schlägt vor, die Gewerbesteuer um 20 – 30 Punkte zu erhöhen, um so auf die Einsparungen beim Bauhof verzichten zu können.

Auf Nachfrage des RM Striegl, ob das Land Niedersachsen beabsichtige, in naher Zukunft die Kommunen über einen neuen Länderfinanzausgleich finanziell besser auszustatten, wird dies durch StOAR Idel verneint. Eine Anpassung des Länderfinanzausgleichs sei zurzeit durch das Land nicht geplant.

Nach weiterer Diskussion ergeht einstimmig bei drei Enthaltungen der SPD/FDP-Gruppe folgender Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

Das der Sitzungsvorlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept wird beschlossen.

6. Bericht über die überörtliche Prüfung "Schuldenmanagement"
SV-Nr. 21//0963

StOAR Idel stellt den Bericht zur überörtlichen Prüfung „Schuldenmanagement“ vor.

RM Striegl fragt nach, ob zur Kreditausschreibung auch digitale Angebotsplattformen genutzt werden.

StOAR Idel antwortet, dass sie zwei Plattformen ausprobiert hat, diese in der Benutzung jedoch sehr umständlich sind. Die Ausschreibungen werden direkt per Mail an einen Verteiler von mehr als 30 Banken und Maklern verschickt.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

7. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer
SV-Nr. 21//0966

StOAR Idel stellt die Änderung der Vergnügungssteuersatzung vor.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

Die der Sitzungsvorlage anliegende 3. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 23.09.2010 wird beschlossen.

8. Anfragen und Anregungen:

8.1. Alternativplanung Radvorrangroute

RM Kasig berichtet, dass die SPD/FDP/Grüne-Mehrheitsgruppe des Landkreises Friesland im Verkehrsausschuss beim Landkreis beantragt hat, die Alternativplanung zur festgelegten Radvorrangroute zu verfolgen.

Er fragt nach, ob durch diesen Beschluss zusätzliche Kosten für die Stadt Schortens zu erwarten sind.

BM Böhling antwortet, dass keine Mehrkosten auf die Stadt Schortens zukommen. Der Landkreis hat bereits eine Stellungnahme der Stadt dazu angefordert. Diese wird im Planungsausschuss beraten.

8.2. Bericht örtliche Kassenprüfung

StOAR Idel berichtet, dass der Landkreis eine Kassenprüfung bei der Stadt durchgeführt hat. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben.

9. Einwohnerfragestunde

9.1. Anfrage Akzeptanzabgabe

Herr Hepping fragt, ob die Akzeptanzabgabe für Windkraftanlagenbetreiber gesetzlich geregelt oder eine freiwillige Abgabe ist.

StOAR Idel erläutert, dass die Abgabe gesetzlich geregelt ist. Die Betreiber von Altanlagen haben ein Wahlrecht, die Betreiber von neuen Anlagen müssen die Abgabe abführen. Beide können sich die Abgabe vom Endkunden erstatten lassen.

Schortens, 13.06.2024

gez.

Olaf Kollmann
Protokollführer

G. Böhling
Bürgermeister

M. Striegl
stellv. Vorsitzender